

Wahlprüfsteine des Verbandes deutscher Privatschulen

Ich danke Ihnen für Ihre Wahlprüfsteine, die Sie an die Kandidaten zur Landtagswahl verschickt haben. Erlauben Sie mir, dass ich als Spitzenkandidat und als Landesvorsitzender meiner Partei für die SPD Schleswig-Holstein insgesamt Stellung nehme. Ich möchte mich auch nicht auf das Ankreuzen Ihres Fragebogens beschränken, sondern etwas grundsätzlichere Ausführungen machen.

Die Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft ergänzen das pädagogische Angebot der Kindertagesstätten und Schulen in öffentlicher Trägerschaft bzw. die akademische Ausbildung an den staatlichen Hochschulen. Diese ergänzenden Angebote sind für eine erhebliche Zahl von Eltern so attraktiv, dass sie statt der kostenfreien Ausbildung an öffentlichen Schulen bereit sind, finanzielle Beiträge und häufig auch Arbeitsleistungen zugunsten der Privatschule zu erbringen, auf die ihr Kind geht.

Das Land hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Privatschulen finanziell besser abzusichern. Ich erinnere an die Verkürzung der Wartefrist von drei Jahren auf zwei Jahre und die Anhebung des Schülerkostensatzes für Schulen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ auf 100 % der Schülerkostensätze an öffentlichen Schulen sowie die Dynamisierung der Berechnung des öffentlichen Schülerkostensatzes. 2008 hat das Land für die deutschen Privatschulen über 38,5 Mio. € ausgegeben, im laufenden Jahr werden es 40,7 Mio. € und im Jahr 2010 fast 43,5 Mio. € sein.

Dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können, versteht sich angesichts der Haushaltslage von selbst und ist von den Vertretern Ihres Verbandes auch akzeptiert worden.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darüber diskutiert, warum die dänischen Schulen und die deutschen Privatschulen nach unterschiedlichen Schülerkostensätzen gefördert werden. Die Existenz eines minderheitensprachigen Schulsystems ist eine Voraussetzung für den von der Landesverfassung gebotenen Schutz und die Förderung der dänischen nationalen Minderheit. Daraus ergibt sich nach unserer Überzeugung die Verpflichtung zu einer höheren Finanzierungsrate als bei den deutschen Trägern eines Schulsystems, das pädagogische Alternativen zu den öffentlichen Schulen anbieten will.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass in der Frage der Schülerbeförderung auch die Träger der dänischen Schulen mit der jetzigen Situation nicht zufrieden sind.

Wir werden uns daher nicht für eine grundsätzliche Änderung der Bezuschussungskriterien der deutschen Privatschulen einsetzen, demzufolge auch nicht für eine entsprechende Festlegung in der Landesverfassung oder gar im Grundgesetz.

Wir halten die auf zwei Jahre verkürzte Wartefrist bis zum Einsetzen der öffentlichen Förderung für sachgerecht. Zusätzliche Mittel für die Nachzahlung der öffentlichen Förderung für diese Wartefrist stehen nicht zur Verfügung; sie könnte also nur für das Land kostenneutral geregelt werden.

Soweit noch offene Fragen bei der Anerkennung von Abschlüssen von Schulen in freier Trägerschaft zu regeln sind, werden wir uns dafür einsetzen, dafür Lösungen zu finden, die im Interesse der jungen Menschen liegen, wobei wir auf die Einhaltung der Bildungsstandards zu achten haben.

Lehrerinnen und Lehrer, die sich für eine Tätigkeit an Privatschulen entscheiden, haben in aller Regel eine Alternative an öffentlichen Schulen mit den entsprechenden sozialen Absicherungen. Wir sind nicht dafür, Lehrer an Privatschulen in das soziale Sicherungssystem der öffentlichen Schulen zu übernehmen.

Unser Grundsatz ist, dass das duale System sich im Grundsatz bewährt hat und durch die Angebote der beruflichen Schulen ergänzt werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass die Betriebe in ausreichendem Maße Ausbildungsplätze bereitstellen, was in ihrem eigenen Interesse liegt.

Wir wollen mit besonderen Angeboten der Berufsorientierung in der Schule den Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung vereinfachen und mehr Schüler zu Abschlüssen, besonders höheren Abschlüssen, führen. Die Zusammenarbeit zwischen allgemein bildenden und beruflichen Schulen muss intensiviert werden; wir wollen besonders das berufliche Gymnasium als Alternative zu den Gymnasien ausbauen. Dazu gehört natürlich auch, dass für jeden Ausbildungsweg klar sein muss, in welcher Form die Abschlussprüfungen erfolgen; gegebenenfalls muss dies gesetzlich geregelt werden.

Wir wollen mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik Talente aufbauen und Fachkräfte fördern. Dazu streben wir eine strategisch angelegte Fachkräfteinitiative „Schleswig-Holstein Fachkräfteaufbau 2020“ zusammen mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Hochschulen und Bildungseinrichtungen an. Um den Fachkräftebedarf der Zukunft zu sichern, wollen wir das Recht für alle Menschen auf Weiterbildung gesetzlich absichern und so das lebenslange Lernen fördern.

Neben der Förderung der beruflichen Weiterbildung tragen degressive Eingliederungszuschüsse sowie Trainingsmaßnahmen dazu bei, Arbeitslosengeld I- und -II-Empfänger wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden. Auch Arbeitsgelegenheiten, sog. „Ein-Euro-Jobs“ sind ein Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt. Uns ist es wichtig, diesen Menschen passgenaue Angebote zur Qualifizierung und Vermittlung zu unterbreiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Jugendlichen, die eine berufliche Ausbildung anstreben, einen vollwertigen Ausbildungsplatz bekommen. Für sozial benachteiligte Jugendliche mit sog. „Vermittlungshemmnissen“ wollen wir u. a. die Maßnahmen des Handlungskonzeptes „Schule & Arbeitswelt“ verstärken und die Angebote der „2. Chance“ ausbauen. Wir treten dafür ein, dass eine Berufsausbildung immer sach- und fachgerecht gewährleistet sein muss.

Damit Arbeitslose, die sich erfolgreich um eine Umschulung bemühen, auch entsprechende Unterstützungen und Transferleistungen von Seiten der Agenturen und der Jobcenter erhalten, sollte eine entsprechende Regelung auf Bundesebene mit der Bundesagentur für Arbeit getroffen werden. Wir werden eine entsprechende Anregung an den neu gewählten Bundestag geben.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Stegner
Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein